

In der beruflichen Bildung muss mehr miteinander gearbeitet werden

Notwendigkeit einer strukturellen Weiterentwicklung der schulischen beruflichen Bildung

Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt erfordert die Anstrengung aller Akteure. Deshalb muss mehr miteinander als gegeneinander gearbeitet werden. Zu diesem Miteinander gehört, dass die Schulen die berufliche Perspektive ihrer Schülerinnen und Schüler nach der Schulzeit in den Vollzeitschulen und nach der Ausbildung in der Teilzeitberufsschule mit im Blick haben müssen. Die Wirtschaft muss im Rahmen dieses Miteinanders die beruflichen Vollzeitschulen als Schulen begreifen, die ihr ihren Nachwuchs heranbilden und die für sie die Chance zur Personalrekrutierung bieten. Die Fachschule muss von der Wirtschaft als willkommenes Qualifizierungssystem der Weiterbildung begriffen werden und zur Kooperation bereit sein.

Zu dem Miteinander gehört auch, dass Leistungen in beruflichen Vollzeitschulen in geeigneter Weise auf die Berufsabschlussprüfung angerechnet werden. Dies hilft den jungen Menschen, die damit bei der Bewerbung schon eine Vorleistung vorweisen können und die sich in der Ausbildung auf die für sie neuen Bereiche konzentrieren können. Dies hilft den Schulen, weil sie erwarten können, dass die jungen Menschen in der schulischen Qualifikation einen besonderen Wert sehen, wenn die Anrechenbarkeit sicher ist. Dies hilft den Kammern, wenn sie bereit sind, die Vorleistungen abzuprüfen. Dies hilft den Unternehmen, die bereits auf

gesicherte Kompetenzen zurückgreifen können. Dies hilft der Gesellschaft, weil Bildungszeit verkürzt werden kann und kein Geld dafür ausgegeben werden muss, auf der Stelle zu treten.

Zur Klärung der Aufgaben gehört die klare Abgrenzung der Arbeitsaufträge im dualen System. Dabei darf an dem Zeitbudget für Schule nicht gerüttelt werden: Ein duales System kann es nicht geben ohne Schule und nicht ohne Betrieb. Deshalb muss es auch im dualen System einen Weg zurück zum Miteinander geben. Hierher gehört auch die ernsthafte Klärung durch den Bundesgesetzgeber, wie die Einbeziehung schulischer Leistungen in die Abschlussfeststellung erfolgen soll. Die Lösung muss real umsetzbar sein und den Schulen eine gesicherte Position im Rahmen der Abschlussprüfung verschaffen.

Es muss auch gemeinsame Konzepte geben, wie in berufsvorbereitenden Schulformen für diejenigen, die Probleme haben, ein Weg zur Ausbildungsreife definiert werden kann. Für das Schulsystem muss es dabei eine stärkere Anlehnung an die Bedingungen aus der Welt der Betriebe geben, um die Schülerinnen und Schüler auch vom Verhalten her und nicht nur über den Unterrichtsinhalt an die Arbeitswelt heranzuführen.

Es muss aber auch über Lernzeiten gesprochen werden können: Bisher wird unterstellt, dass Lernschwächere mit im Vergleich kürzeren Ausbildungszeiten zum Ausbildungsabschluss geführt werden. Wegen des derzeit vorherrschenden Ansatzes, parallel einen zweijährigen und einen dreijährigen Beruf anzubieten und nach der zweijährigen Ausbildung den Übergang in die dreijährige Ausbildung offen zu halten, sind Lerntempo und Anforderungen in zweijährigen Ausbildungen identisch mit den ersten beiden Jahren der dreijährigen Version. In der Regel benötigen die Leistungsschwächeren mehr Lernzeit, die sie mit diesem Konzept nicht erhalten. Hier muss man sich von Illusionen trennen.

Für die strukturelle Weiterentwicklung muss auch die Frage geklärt werden, welche Möglichkeiten es gibt, zu Berufsabschlüssen zu führen, wenn die Betriebe nicht genügend Ausbildungskapazitäten haben. Dabei wäre es sinnvoll, drei Punkte zu erörtern:

- 1) Inwieweit kann betriebliche Ausbildung über die bisherigen Konzepte von Verbundausbildung hinaus in Segmenten von verschiedenen Betrieben zusammenkommen und welche Steuerungsrolle kann Schule dafür übernehmen?
- 2) Welche Teile können in Schule verlagert werden und wie kann sichergestellt werden, dass dafür keine bürokratischen Hemmnisse errichtet werden?
- 3) Lassen sich neue Dualitäten definieren, wie z. B. eine sequentielle – d. h. ein Nacheinander von Schule und Betrieb - Dualität oder eine Dualität mit Berufspraxis, um neue Wege zu öffnen?

Eine große Herausforderung ist die Entwicklung von Eckpunkten für ein System, das in einem europäischen Berufsbildungssystem nicht die Vergangenheit, sondern die Zukunft repräsentiert. Dazu müsste unter Berücksichtigung der augenblicklichen Diskussionsstände auf den verschiedenen Baustellen der europäischen Berufsbildungspolitik ein Konzept herausgebildet werden, das die deutsche und die angelsächsische Denkweise harmonisiert.

Es wäre auch zu klären, wie sich die berufliche Bildung im Vergleich zur Hochschulausbildung verortet. Es muss eine Öffnung für die enge Anlehnung schulischer beruflicher Qualifikationen einschließlich derer in der Teilzeitberufsschule an Wege zum Bachelor geben. Aus einer Verzahnung von Erstausbildung und Fachschule kann dann das System der beruflichen Schule ähnlich wie die Colleges in Großbritannien den Weg zu höheren Qualifikationen ermöglichen.

Schließlich muss die Qualitätsfrage in der beruflichen Bildung gelöst werden. Wir werden in Europa keine Anerkennung finden, wenn nicht über alle Bereiche der beruflichen Bildung auch die Qualitätssicherung geklärt ist. Das umfasst die Qualitätspolitik der schulischen Seite, es erfordert aber auch eine für alle Betriebe geltende Qualitätspolitik für deren Teil der Ausbildung.

Die anstehenden Probleme lassen sich lösen, wenn die Chancen genutzt werden, die in der Grundidee des dualen Systems liegen: das Miteinander von schulischer und betrieblicher Ausbildung.

Bielefeld, 29. Sep. 2006